

Gewerbe-  
händler abzu-  
genehmigen  
sind.

ger Mengen  
dürfen die  
Anstoßmengen

in einem von  
Vorlegung bei  
einem bislegen

terlöst, kann  
abre 1920/21

Wirtschaftsjahe  
Vorlegung bei

Personen in  
Abgennahme  
klarste bezw.

Kost-Bezugsp-  
eint noch von  
stobhöhenstelle

Ibahn ledig-  
lich zur Be-  
sägler.

härche durch-  
längerte Zeit

auf Grund  
postommissars  
schaftungen,  
mit § 7 der  
ors für die  
zu einem  
einer dieser  
werben, auf  
ob sie dem

r Stadt,  
stelle.

N

An-  
zug

150 M. zu  
der Tagblatt

ortstud,

higen Su-  
1909-1909),

in der Uni-  
schluss mit  
t der best-  
ausen.

Tagblatt.

fleißiges

hen

zum Ein-  
geföhrt.

nerstr. 82.

partung

gebst.  
Straße 51.

mit und  
Bemögen,  
tens glück-  
Jahren so-  
durch  
in O. 34.

räulein

d, welches  
f d. Tal-  
nach Mu-  
spazieren,  
eten, ihre  
L. 3430  
ll. b. Bl.

aren

auentrop  
ortsfel

itätschau-  
ben, 18  
7.

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Voranstaltungsbehörde:  
Zeitungshaus,  
Druck u. Verlag: Auer Druck-  
u. Verlagsgesellschaft m.b.H.  
Rue. Telegramm: Auerdruck  
Ergänzung: Auerzgebirge.  
Zertifikat: Auerzgebirge.  
Anschrift: Auerzgebirge.  
Zertifikat: Auerzgebirge.  
Anschrift: Auerzgebirge.

Besitzpreis: Durch unsere Seiten kostet eine Seite monatlich 3.50 Mf. Bei der Geschäftsseite abweichen monatlich 3.40 Mf. Bei der Post befreit und fällt abweichen monatlich 10.50 Mf., monatlich 3.50 Mf. Durch den Briefträger frei ins Haus vierter. Unsere Zeitungsaussträger und Ausgabenstellen, sowie alle Postagenten und Briefträger nehmen Beziehungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die abgedruckten Seiten oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., außerordentliche Anzeigen 50 Pfg., Reklamezeitungen für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst 100 Pfg. Bei großer Abschaffung entsprechender Räume, Anzeigenannahme bis spätestens 4 Uhr vorm. Sie schließen im Gap kann gewünscht werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder handschriftlich nicht deutlich lesbar ist.

Ne. 102

Mittwoch, den 5. Mai 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Bei der gestrigen Sitzung der Volkskammer wurde mit 62 von 90 Stimmen Aue zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt.

Der Botschafterrat hat beschlossen, die Volksabstimmung in Teschen um zwei Monate zu verschieben, sie findet am 12. Juli statt.

Tempo bestätigt, daß Ministerialdirektor Maurice Herbet zum Botschafter in Berlin in Aussicht genommen ist, und daß England, Italien und Frankreich die Absicht haben, kurz nach den Reichstagswahlen in Berlin Botschafter zu ernennen.

Auf dem internationalen Wirtschaftskongress in Frankfurt a. M. trat Niedel-Wien unter starkem Beifall für den Anschluß Österreichs an Deutschland ein.

Der neue dänische Reichstag ist auf den 16. Mai einberufen worden.

## Goldene Worte Lloyd Georges für Spa.

D. R. Die Nachträge, mit denen die englische Presse Ihre ersten Berichte über die Rede Lloyd Georges vom Ende vorheriger Woche ergänzt sind, sind für uns beinahe noch interessanter als die Rede selbst. Das Ergebnis von San Remo, das Lloyd Georges Thema war, ist in Deutschland vielfach in der Gesamtrichtung als ungünstig beurteilt worden, und zwar in erster Linie deshalb, weil sich in der Haltung des englischen Premierministers und in seinem Zusammensein mit dem italienischen Kollegen Ritti ein gewisser Gegensatz zu dem einseitigen und unserer chilenischen Überzeugung nach unheilvollen Standpunkt Frankreichs auszusprechen scheint. Die unschöne Überzeugung sagte uns allerdings, daß die Politik der britischen Regierung in San Remo sicherlich nicht durch eine feindselige Liebe zum deutschen Volke, sondern durch reale Erwägungen bestimmt worden sei, und gewisse Notizen in der französischen Presse, die von der zwischen Frankreich und England getroffenen Abmachung über das Schicksal der Türkei und die Teilung der türkischen Beute sprachen, weisen den Weg zur richtigen Einschätzung der Verhandlungen in San Remo. In gewissem Sinne war dort das deutsche Problem vielleicht nur eine Frage zweiten Ranges gewesen. Wenn nun trotzdem besonders die italienische Presse den Eindruck gewonnen hatte, daß der eigentliche Sieger in San Remo Deutschland gewesen sei, so mußte man ver sucht sein, den Gründen für diesen Eindruck und den Ursachen für die englische Haltung nachzuführen. Lloyd George bezieht sich nun ausdrücklich auf die Berichte der englischen Offiziere in Deutschland und macht dabei zwei wichtige Feststellungen. Erstens stellt er fest, daß alle inneren Schwierigkeiten in Deutschland ihre Ursache in der ungenügenden Ernährung hätten und zweitens erklärt er in eindeutigen Worten, daß die Wiedergutmachung erst möglich würde, sobald Deutschland nicht mehr hungere. Wir stellen zunächst den zum ersten Mal mit dieser Schärfe formulierten Gegensatz zu der französischen Auffassung fest, die nur vom bösen Willen Deutschlands redet, und wir mahnen des weiteren den englischen Premierminister so nachdrücklich wie möglich auf diese Terminfestlegung für den Beginn der Wiedergutmachung festlegen. Nicht in unserem, sondern im Interesse ganz Europas wünschen wir dringlich, daß er diese Ansicht demnächst auch in Spa vertrete und durchsetzt, denn in der Tat ist es ja, daß die wahre Leistungsfähigkeit Deutschlands in der Richtung der Wiedergutmachung erst berechnet werden kann, wenn Deutschland nicht mehr hungert. Erst wenn die deutsche Arbeitsleistung nicht durch Not und Mangel auf schwerste Gehinderte wird, kann sie in die europäische Rechnung als zuverlässiger Faktor eingesetzt werden. Außerdem begegnet sich Lloyd George mit seiner Beurteilung Deutschlands durchaus mit der Ansicht der Reichsregierung, die es als die Hauptaufgabe der deutschen Delegierten in Spa kennzeichnet hat, daß sie den Entente-regierungen zum ersten Mal einen wirklich erschöpfenden Einblick und Aufschluß über den Umfang und vor allem die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit verschaffen.

### Erklärungen für Deutschland?

Die Times meldet aus Paris: Der Alliiertenrat hat am Sonntag zwei Sitzungen abgehalten. Es lag der Bericht der Wiedergutmachungskommission vor. Mit Ausnahme Frankreichs sind die Alliierten bereit, die zur Wiedergutmachung bestimmten Forderungen an Deutschland entsprechend herabzusezen. Die französischen Delegierten behalten sich neue Instruktionen ihrer Regierung vor, weshalb ein Beschluss in der Sonntagsitzung ausgesetzt wurde.

### Die Einladung nach Spa eingetroffen.

Die Einladung der Entente an Deutschland Vertreter nach Spa zu entsenden, ist in Berlin eingegangen. Die Einladung lautet ausdrücklich auf Teil-

nahme an den Besprechungen der alliierten Staatsmänner über die deutsche Frage in Spa.

### Deutsche Vertreter in den Obersten Rat?

Wie der Londoner Vertreter des Temps mitteilt, soll man in den Kreisen des Obersten Rates der Ansicht sein, dieser müsse ein internationales Regierungsorgan werden. Es sei nicht unmöglich, daß eines Tages die Aufnahme der deutschen Delegierten in den Obersten Rat in Betracht gezogen werde, ebenso früher oder später die der Vertreter Englands. Dann würde neben dem Völkerbund ein internationales Regierungsorgan aus den Ministerpräsidenten aller Staaten bestehen.

### Die internationale Kooperation.

Die internationale Hilfskonferenz für die verschiedenen Länder Mittteleuropas ist zu einer Einigung über die Vorschläge für eine Hilfsaktion gekommen. Diese wird in der Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen. Zur Bezahlung wird jedem Land Kredit eröffnet, welcher möglichst der Bedürftigkeit der Länder entsprechend bemessen werden soll.

## Dr. Köster über San Remo.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des I. G. Es äußerte sich der deutsche Reichsminister des Außenrechts Dr. Köster über das Ergebnis der Verhandlungen in San Remo, daß dasselbe keineswegs zu übergroßen Hoffnungen berechtige. Daran hindere schon der Passus in der amtlichen Haushaltserklärung, wonach die Entente die Beisetzung weiteren deutschen Gebietes sich als Zwangsmäßnahmen vorbehalte, die weder in dem Buchstabem noch in dem Geiste des Friedensvertrages begründet, noch mit dem Geiste und den Prinzipien des Völkerbundes in Einklang zu bringen ist. Unser Schritt hinsichtlich Verbesserung des 200 000-Mann-Heeres soll ungünstig auf die Entente eingewirkt haben. Unsere letzte Denkschrift darüber sah lediglich die Argumente zusammen, die unsere Geschäftsträger in London und Paris zu wiederholten Malen gegenüber den militärischen Stellen der Gegenseite betont haben. Die Frage der Beihaltung des 200 000-Mann-Heeres muß bis zum 10. Juli entschieden sein. Hätten wir bis dahin mit unseren Gegenpositionen gewartet, so hätte uns die Entente später vorwerfen können, daß wir die Dinge an uns herantreiben ließen, um ihr plötzlich die Pistole auf die Brust zu setzen. Wir sind bestrebt, alles zu tun, um den Friedensvertrag sohalb durchzuführen. Dazu müssen wir unserer Gegner Klärheit verschaffen über das, was wir brauchen, und das, was wir geben können. Die Möglichkeit der mündlichen Aussprache in Spa gibt uns die Hoffnung, endlich aus dem fruchtbaren Stadium des Notenwechsels herauszukommen. Wir gehen nach Spa in der Hoffnung, daß mit den dortigen Besprechungen die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles in die dem allgemeinen Interesse dienenden richtigen Bahnen geführt wird. In dieser Richtung wünsche ich auch den jetzt in ein ernsteres Stadium gelangenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen günstigen Fortgang. Aber unbedingt müssen alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden. Die dem nationalen Empfinden jedes Volkes, das noch etwas auf sich und seine Ehre hält, tödliche Wunden zu schlagen geeignet sind. Daher hoffe ich, daß mit der Räumung des Maingaus nunmehr baldigst der erste Schritt gegen seitiger Verständigung getan wird. Die dazu notwendigen militärischen Umgangslösungen werden dabei schließlich ausgeführt werden.

## Die großdeutsche Idee.

### Eine Lebensfrage für alle Deutschen.

Mehr als alle anderen Völker müssen die Deutschen heute den Blick von ihrer realen Existenz, mag diese auch noch so gefährdet sein, auf ihre ideale Existenz richten, auf die Idee ihrer historischen Einheit. — Diese Forderung, deren Verwirklichung weite Kreise in allen deutschen Stämmen seit dem Niederbruch Deutschlands und Österreichs erstreben, stellt der Heidelberger Historiker Oncken im Maifest der Österreichischen Rundschau an die Spitze eines ausführlichen Aufsatzes über die Wiedergeburt der großdeutschen Idee. Die Deutschen, sagt Oncken, können sich dieser Pflicht um so weniger entziehen, als sich eine Verschiebung von Grund aus vollzogen im tatsächlichen Inhalt der deutschen Existenz, in dem deutschen Begriff eines Nationalstaates — eine Verschiebung von einem Umfang und einer Tiefe, wie sie für die anderen längst endgültig als nationale Wesenheiten konstituierten Völkern undenkbar sein würde. Oncken geht dem ständigen Wechsel des Schwerpunktes unseres staatlichen Lebens geschichtlich nach; er weist darauf hin, wie der nationale Inhalt der deutschen Existenz in ständigem Flusse war, statt sich um einen bestimmten Mittelpunkt innerhalb fester Grenzen zu segeln und eine ungebrochene Tradition des Staates und der Nation auszubilden. Die Auseinandersetzung der sächsischen, salischen und stauferischen Kaisergeschlechter bedeutet mehr als Dynastiewechsel, sie drückt zugleich Verschiebungen des politischen Schwergewichtes von Norddeutschland nach dem Rhein und dann noch Südwärts.

deutschland aus. Seit dem 18. Jahrhundert, seitdem der Dualismus zwischen Österreich und Preußen unwiderruflich geworden ist, hat sich sogar die Einheitsfähigkeit des Schwerpunktes gehalten. Man kann kaum einen schärferen Gegensatz gegen die nationale Idee denken als einen Dualismus, der die Einheit schon zusätzlich aufhebt; und es ist eine Lebensfrage für die Deutschen, daß dieser Gegensatz endlich überwunden werde. Zu diesem Ziele hat das deutsche Volk im 19. Jahrhundert mehrere Wege vor sich gesehen: die klein-deutsche Idee, die deutsch-österreichische Bündnispolitik von 1879, Mittteleuropa, die großdeutsche Idee. Der Weltkrieg hat das Reich der kleindeutschen Politiker zerstört. Seit Jahrhunderten war er der erste Krieg, der alle Deutschen in einem Lager, nirgends gegeneinanderstehend, gesehen hat, eine unendliche, niemals zu vergessende Entfaltung großdeutscher Kräfte. Aber wir durften den Existenzkampf nicht unter diesem Beinhalten, nicht als Nationalkrieg nach allen Seiten führen, das verbot schon die Wirkung aller nichtdeutschen Nationalitäten Österreich-Ungarns. So ergab sich die Formel der Mittteleuropa-Politik. Aber auch dieser Traum ist ausgeträumt. Mit dem Ausgang des Krieges ist auch jeder Gedanke an eine Fortbildung der Bündnispolitik von 1879 verloren. Es bleibt uns nunmehr als einzige Rückzugslinie die Rückkehr zur großdeutschen Idee. Das ist für uns das Ergebnis des Weltkriegs.

Indem die Kleindeutschen diese neue Sache erkennen, stehen sie freilich vor der schweren Aufgabe ihr bisheriges nationalpolitisches Ideal anders und weiter zu orientieren. Das bedeutet nicht etwa, daß wir die bisherigen Ideale wie alten Blunder fortsetzen, sondern nur, daß wir uns nicht an eine Vergangenheit klammern, die, so wie sie war, nicht wieder zum Leben erweckt werden kann; daß wir nicht tapferlos den Strom der Geschichte über unsere Hauptbahnen lassen, sondern zusehen, ob wir ihm nicht ein neues Bett bereiten können. Das ist für jeden Einzelnen mit inneren seelischen Schwierigkeiten verbunden, mit Bitterkeiten, die leider durch den Existenzkampf des Krieges noch weiter verschärft werden. Diese inneren Hemmungen werden aber, davon ist auch Hermann Hesse überzeugt, überwunden werden; der Deutsche wird von der Notwendigkeit und Berechtigung Großdeutschlands überzeugt sein — von der wirtschaftlichen Notwendigkeit und Berechtigung nicht minder als von der politischen. Und der Vertrag von Versailles? Oncken bestreitet selbstverständlich nicht, daß die Urheber dieses Vertrages eine zunächst anscheinend unüberwindliche Schranke gegen die Verwirklichung Großdeutschlands aufgebaut haben. Darüber, wie diese Schranke schließlich doch aus dem Wege geräumt werden kann, verfügt man konkret Hinweise in der Gedankenfolge des Heidelberger Gelehrten. Wir müssen uns mit der überzeugungsstarke Schlussfolgerung Onckens begnügen: Vor der Unangreifbarkeit einer sittlichen Idee wird der Widerstand der Welt sich schließlich beugen müssen.

## Der Wahlauftruf der Zentrumspartei

In der Germania wird der Wahlauftruf der Zentrumspartei veröffentlicht, der außerordentlich lang und umfangreich geworden ist. Er besagt, daß der Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft nur möglich war auf dem Boden der Koalition. Eine Mehrheit des Zentrums mit den Parteien der Rechten sei nicht gegeben gewesen. Seine man die demokratische Partei mit 75 Mitgliedern hinzut, so würde sich allerdings eine kleine ziffernmäßige Mehrheit der nichtsozialistischen Parteien ergeben haben, aber auch eine solche Regierung ohne die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokraten würde aus äußereren und inneren Gründen unmöglich gewesen sein. Zur Wiederherstellung der Ordnung habe es der tätigen, aufbauenden Mitwirkung der Arbeiterschaften in Stadt und Land bedürft. Ebenso wenig sei die Mitarbeit derjenigen bürgerlichen Kreise zu entbehren gewesen, die sich zur Demokratie bekannten. Eine rein sozialistische Regierung hätte naturnotwendig in die Abhängigkeit der äußersten Linken geraten müssen. Eine Koalition ohne Zentrum wären weder die Sozialdemokraten noch die Demokraten eingegangen. Bei schon eine Koalition zur Rettung Deutschlands nötig gewesen, so habe außerdem die Pflicht auf die kulturellen Interessen das Zentrum zum Beiritt gezwungen. Koalition aber bedeutet Koncession, bedeutet Verständigung auf einer mittleren Linie. Keine der beteiligten Parteien könnte dabei ihr Parteidokument durchsetzen. Man habe sich nur auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zweckpolitischer Arbeitsgemeinschaft einigen können. Heute geständen selbst weite Kreise der Rechten die Unvermeidlichkeit der Koalition offen zu. Im speziell programmatischen Teil betont der Aufruf: Staat, Religion und Kirche sind uns unzertrennlich. Die allergrößte Bedeutung messen wir dem vom künftigen Reichstag zu schaffenden neuen Reichsschulgesetz bei. Von seiner Fassung wird die Zukunft der Schule im gesamten Deutschen Reich in erster Linie abhängen. Wir werden uns aber die christliche Erziehung benachteiligenden Misslegung des Schulgesetzes mit allen Mitteln entgegenstellen. Auch in Zukunft wird ein zweites Zusammenstehen aller religiösen gesinnten Kreise, gleichviel welcher Konfession, bedürfen, um die